

Anzeige einer Versammlung unter freiem Himmel gem. §10 VersG NRW



Veranstaltende Institution (Sofern vorhanden, sonst weiter unter „Veranstaltende Person“)

Name Vertreten durch (Name, Vorname)*
Straße, Haus-Nr.* PLZ, Ort*
Telefonische Erreichbarkeit (z.B. privat, geschäftlich, mobil) E-Mail oder Fax

Veranstaltende Person (sofern keine „Veranstaltende Institution“ vorhanden)

Name* Vorname(n)*
Geschlecht Geburtsdatum Geburtsort/-kreis/-staat
Straße, Haus-Nr.* PLZ, Wohnort*
Telefonische Erreichbarkeit (z.B. privat, geschäftlich, mobil) E-Mail oder Fax

wie veranstaltende Person (Angaben nicht erforderlich, wenn Leiter/in der Versammlung der veranstaltenden Person entspricht)

Leiterin/Leiter der Versammlung

Name* Vorname(n)*
Geschlecht Geburtsdatum Geburtsort/-kreis/-staat
Straße, Haus-Nr.* PLZ, Wohnort*
Telefonische Erreichbarkeit (z.B. privat, geschäftlich, mobil) E-Mail oder Fax

Angaben zur Versammlung

Versammlungsbeginn (Datum, Uhrzeit) * Uhr voraussichtliches Versammlungsende (Datum, Uhrzeit)* Uhr

Thema/Gegenstand der Versammlung *

Durchführung der Versammlung* stationär (weiter mit (1)) Aufzug (weiter mit (2))

(1) Versammlungsort (PLZ, Ort, Straße/Platz, Hausnummer) *

(2) Streckenverlauf

Detaillierter Ablauf (Rednerinnen/ Redner, Musikbeiträge, Zwischenkundgebungen usw.)

Hilfsmittel (Fahrzeuge, Lautsprecher, Fahnen, Transparente, Flugblätter usw.)

Zahl der Teilnehmenden

Es ist beabsichtigt, Ordnerinnen/Ordner einzusetzen (Grundsätzlich sollte pro 25 Teilnehmenden ein Ordner/ eine Ordnerin eingesetzt werden)

Ich habe die Hinweise zum Datenschutz (siehe Hinweisblatt) zur Kenntnis genommen und stimme der Verarbeitung meiner freiwillig angegebenen personenbezogenen Daten zu. *

Bitte zurücksenden an:

Kreispolizeibehörde Herford, SG ZA 1.2
Hansastr. 54, 32046 Herford
DirektionZASG1.2.Herford@polizei.nrw.de

* Es handelt sich um Pflichtangaben



Hinweisblatt für die Anzeige einer Versammlung unter freiem Himmel

1) Was ist eine öffentliche Versammlung unter freiem Himmel?

Ein grundlegender Pfeiler unserer Demokratie ist das Recht auf freie Meinungsäußerung und das Recht, sich friedlich und ohne Waffen unter freiem Himmel zu versammeln.

Eine Versammlung liegt vor, wenn mindestens zwei Personen zusammenkommen, um gemeinschaftlich am öffentlichen Meinungsbildungsprozess teilzuhaben. Volksfeste, Vergnügungsveranstaltungen, etc. fallen deshalb grundsätzlich nicht unter den Versammlungsbegriff.

Eine Versammlung findet unter freiem Himmel statt, wenn der Zugang nicht durch eine seitliche Begrenzung versperrt ist. Hierbei kommt es nicht darauf an, ob ein Versammlungsort überdacht ist.

2) Anzeigefrist

Eine Versammlung ist grundsätzlich 48 Stunden vor der Bekanntgabe, d.h. vor Aufruf, spätestens jedoch 48 Stunden vor Durchführung, bei der Kreispolizeibehörde der Stadt, in der die Versammlung stattfinden soll, anzuzeigen.

Sofern die 48-Stunden-Frist ohne Gefährdung des Versammlungszwecks nicht eingehalten werden kann, kann ausnahmsweise die Anzeigefrist auch unterschritten werden. Die Versammlung ist dann so früh wie möglich anzuzeigen.

3) Veranstalterin/Veranstalter:

Eine Versammlung kann von einer juristischen oder natürlichen Person angezeigt werden, die im eigenen Namen zu einer Versammlung einlädt. Diese Person organisiert maßgeblich die Versammlung und ist verpflichtet, Datum, Uhrzeit, Thema und Örtlichkeiten der Versammlung bei der Anzeige anzugeben.

4) Versammlungsleiterin/Versammlungsleiter:

Die/Der Veranstaltende übernimmt entweder selbst die Versammlungsleitung oder bestimmt hierzu eine andere natürliche Person. Die Versammlungsleitung wird nur von einer Person übernommen. Diese ist verantwortlich für den Ablauf der Versammlung und muss während der Durchführung ständig anwesend sein, um eine Kommunikation/Kooperation mit entsandten Polizeibeamten durchgängig zu ermöglichen.

5) Hilfsmittel

Unter Hilfsmittel werden alle Gegenstände verstanden, die der Durchführung der Versammlung dienen bzw. die Meinungsäußerung ermöglichen, wie Fahnen, Plakate, Lautsprecheranlagen, Bühnen, PKW etc.



6) Zahl der Teilnehmenden

Die Angabe der erwarteten Zahl an Teilnehmenden soll sowohl der/dem Veranstaltenden als auch der Versammlungsbehörde einen Anhalt geben, ob und welche Maßnahmen erforderlich sind, um einen ordnungsgemäßen und reibungslosen Ablauf der Versammlung zu gewährleisten (z. B. durch verkehrsregelnde Maßnahmen).

7) Ordnerinnen/Ordner

Die Versammlungsleitung kann sich der Hilfe von geeigneten Ordnerinnen und Ordnern bedienen. Deren Einsatz ist unter Angabe der Zahl der dafür voraussichtlich eingesetzten Personen mitzuteilen. Die Ordnerinnen und Ordner müssen mindestens 14 Jahre alt sein. Sie müssen durch weiße Armbinden oder Leibwesten, die nur die gut sichtbare Bezeichnung „Ordnerin“ oder „Ordner“ tragen dürfen, kenntlich sein.

8) Beschränkungen

Beschränkungen sind Einschränkungen, die die Versammlungsbehörde zur Vermeidung von Gefahrensituationen erlässt. Durch den Erlass der Beschränkungen soll der/dem Veranstaltenden, wenn auch in geänderter Weise, die Durchführung der Versammlung ermöglicht werden.

9) Verbot von Vermummung und Bewaffnung

Bei einer Versammlung ist es grundsätzlich verboten, sich zu bewaffnen, zu maskieren bzw. zur Vermummung geeignete Gegenstände mitzuführen. Dies gilt sowohl für die Teilnahme an Versammlungen als auch auf dem Weg dorthin. Personen, die diesen Verboten zuwiderhandeln, können durch die Polizei von der Versammlung oder dem Aufzug ausgeschlossen werden. Ferner können Verstöße gegen diese Verbotsnormen mit Freiheitsstrafe oder mit Geldstrafe bzw. mit einer Geldbuße geahndet werden.

10) Kommunikation/Kooperation

In einem Kooperationsgespräch berät die Versammlungsbehörde die/den Veranstaltenden zu einzelnen Aspekten der Versammlung. Bei Unklarheiten oder umfangreicheren Planungsnotwendigkeiten wird die/der Veranstalter durch die Versammlungsbehörde zu einem Kooperationsgespräch eingeladen, in welchem etwaige Probleme gemeinsam gelöst werden können. Offene Fragen zum Kundgebungsort, dem Ablauf der Versammlung, ihrer Dauer, der erwarteten Anzahl von Teilnehmenden und der beantragten Anzahl von Ordnungskräften oder der Benennung von Hilfsmitteln etc. können so geklärt werden.

Für weitere Fragen und Informationen wenden Sie sich bitte an Ihre zuständige Behörde.

